



Umsetzung der strategischen Ziele 2022 und der Vision 2030 (Richtlinien der Regierungspo- litik 2019–2022)

Berichterstattung 2021

Bericht des Regierungsrates

Datum RR-Sitzung:	9. März 2022
Geschäftsnummer:	2019.STA.300
Direktion:	Staatskanzlei
Klassifizierung:	Nicht klassifiziert

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
1. Einleitung	2
2. Ziele und Umsetzungsstand	3
Ziel 1: Vernetzung von Forschung und Wirtschaft	3
Ziel 2: Wirkungsvolle Dienstleistungen	4
Ziel 3: Zusammenhalt fördern	5
Ziel 4: Vielfalt als Chance	6
Ziel 5: Zukunftstechnologien und Nachhaltige Entwicklung	7

1. Einleitung

Mit den Richtlinien der Regierungspolitik hält der Regierungsrat die übergeordneten Ziele und Strategien seiner Politik fest. Am 4. März 2019 nahm der Grosse Rat Kenntnis von den am 12. Dezember 2018 verabschiedeten Richtlinien der Regierungspolitik 2019–2022.

Die Richtlinien der Regierungspolitik sind eine Momentaufnahme. Sie definieren die Ziele des staatlichen Handelns auf der Basis von Herausforderungen, wie sie derzeit bekannt sind. Es gehört auch zu den Aufgaben von Regierungsrat und Verwaltung, in die Zukunft zu schauen und neue Entwicklungen zu antizipieren. In diesem Sinne enthalten die Regierungsrichtlinien neben den wichtigsten Projekten zum Umsetzen der Legislaturziele auch Projektideen und Perspektiven, die in den kommenden Monaten und Jahren weiterentwickelt, konkretisiert und allenfalls auch wieder verworfen werden.

Sowohl beim Erfüllen der täglichen Aufgaben als auch beim Umsetzen der strategischen Ziele orientieren sich Regierungsrat und Verwaltung wie bisher an der Grundmaxime der Nachhaltigen Entwicklung. Neben den Richtlinien der Regierungspolitik gibt es bereichsspezifische Strategien wie zum Beispiel die Wirtschaftsstrategie 2025, welche die Legislaturziele ergänzen. Zudem erbringt die Verwaltung täglich eine Vielzahl von Dienstleistungen für externe und interne Kundinnen und Kunden ohne strategischen Bezug, aber im Interesse eines funktionierenden Staatswesens.

Der Regierungsrat befasst sich halbjährlich mit der Umsetzung der Ziele, die über eine Vielzahl von konkreten Projekten und Massnahmen erfolgt. Im Sinne einer rollenden Berichterstattung werden die wichtigsten davon im Folgenden aufgeführt und wird über deren Umsetzungsstand per Ende Dezember 2021 informiert. Auf Wunsch der Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen (SAK) erfolgt die Berichterstattung erstmals nicht integriert in den Geschäftsbericht, sondern als separater Bericht, der im Grossen Rat als eigenes Geschäft beraten wird.

2. Ziele und Umsetzungsstand

Ziel 1: Vernetzung von Forschung und Wirtschaft

Der Kanton Bern ist ein attraktiver Innovations- und Investitionsstandort. Er fördert die Vernetzung von Forschung und Wirtschaft.

Entwicklungsschwerpunkte:

- Der Kanton wird zum führenden Medizinalstandort der Schweiz mit internationaler Ausstrahlung und fördert den Aufbau von neuen Forschungs- und Entwicklungszentren.
- Das erfolgreiche Positionieren des Medizinalstandorts Bern dient als Vorbild für weitere Entwicklungsschritte, mit denen unter Beteiligung des Bundes und privater Unternehmen die Verbindung von grundlagen- und anwendungsorientierter Forschung und Entwicklung an den Hochschulen mit konkreten Anwendungen der Wirtschaft fortgesetzt wird.
- Der Kanton Bern bietet eine attraktive und zukunftsorientierte Infrastruktur (leistungsfähiger Bahnhof Bern, Verkehrssanierungen im Emmental und im Oberaargau sowie Campus-Neubauten).
- Mit einer strategisch ausgerichteten Raumplanung verfolgt der Kanton Bern konsequent die Siedlungsentwicklung nach innen, dämmt Bodenverbrauch und Zersiedelung ein, wertet bestehende Siedlungen als attraktive Wohn- und Arbeitsstandorte auf, bewirtschaftet gezielt Arbeitszonen und kantonale Entwicklungsschwerpunkte und schafft damit die räumlichen Voraussetzungen für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung.

Wie wichtig eine qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung ist, zeigte sich auch im zweiten Jahr der Corona-Pandemie. Der Regierungsrat verfolgt das strategische Ziel konsequent weiter, den Kanton zum führenden Medizinalstandort zu entwickeln.

Dabei ist die Weiterentwicklung des Inselareals zum führenden Medizincampus ein zentrales Vorhaben, in das der Kanton Bern in den nächsten 10 bis 15 Jahren unter Berücksichtigung des finanzpolitischen Umfelds Investitionen von rund 700 Millionen Franken plant. Im Berichtsjahr wurden durch die strategische Arbeitsgruppe erste Optionen zur Weiterentwicklung bewertet und Verortungen empfohlen, die nun näher geprüft werden müssen. Auch das Forschungszentrum sitem-insel in Bern konnte sich trotz Coronavirus-Krise wunschgemäß weiterentwickeln, nachdem der Grosse Rat in der Sommersession einen Zusatzkredit von über CHF 0.8 Mio. zum Ausgleich der negativen Auswirkungen der Corona-Krise auf die Entwicklung und den Businessplan gewährt hat.

Am Netzwerkstandort des Switzerland Innovation Park (SIP) Biel/Bienne wurden 2021 nebst der Swiss Smart Factory weitere Forschungsbereiche auf- und ausgebaut. Die privat finanzierten Partnermodelle mit der Industrie sind etabliert. Der Neubau wurde am 23. August 2021 offiziell eröffnet. Das Engagement des Kantons Bern in der Anschub-Betriebsfinanzierung endete per Dezember 2021. Er mietet im Neubau aber für die BFH Räumlichkeiten an.

Im Berichtsjahr wurden weiter das Projekt «Swiss Center for Design and Health» geschärft und die Skalierung überprüft. Gestützt auf das vom Bund genehmigte Nachgesuch hat der Grosse Rat dem Kreditantrag am 9. September 2021 zugestimmt. Anstelle der gemäss Grossratsbeschluss vom 5. Dezember 2019 geplanten CHF 50 Mio. sind neu noch CHF 44 Mio. staatliche Mittel (je 22 Mio. CHF von Bund und Kanton) vorgesehen. In Nidau wurde eine geeignete Mieträumlichkeit gefunden und die Aufbauarbeiten wurden in Angriff genommen.

Der Neubau der Empa Thun hat sich verzögert. Die Investitions- und Betriebsbeiträge des Kantons Bern an die Forschungsprojekte und -infrastrukturen der EMPA sind davon unberührt, da sie vom geplanten Neubau unabhängig sind. Alle inhaltlichen Ausbauarbeiten (Aufbau Additive Fertigung, Entwicklung "SwissM4M"/ Advanced Manufacturing) konnten planmässig vorangetrieben werden.

Anspruchsvolle geologische Verhältnisse und hydrologische Schwierigkeiten, Altlasten, die Corona-Pandemie und fehlende Möglichkeiten zur Beschleunigung verzögern die Bauarbeiten am

hochkomplexen Grossprojekt Zukunft Bahnhof Bern: Anstatt Ende 2027 wird der neue RBS-Bahnhof voraussichtlich Mitte 2029 in Betrieb genommen. Die neue Unterführung Mitte wird voraussichtlich Mitte 2028 eröffnet. Die Terminverzögerungen wirken sich auf die Kosten aus.

Die Verkehrssanierungen in den Regionen Emmental und Oberrhein sind auf Kurs. Insbesondere hat die Bundesversammlung am 28. September 2021 dem Zusatzkredit für einen Bundesbeitrag an die Massnahme «Umfahrung Oberburg» zugestimmt (voraussichtliche Bundesbeiträge von insgesamt über CHF 92.2 Mio.).

Beim Projekt Campus Biel/Bienne hat das Bundesgericht im Berichtsjahr entschieden, dass der Kanton anstelle der Stadt Biel das Enteignungsverfahren gegen einen privaten Grundeigentümer führen muss. Der Baustart des Campus wird sich dadurch bis 2026 verzögern, der Bezug ist neu per 2029 geplant. Die Verzögerung beim Campus Biel hat unmittelbare Auswirkungen auch auf den Baustart der Technischen Fachschule Bern (TF Bern), der erst nach Auszug der BFH in Burgdorf erfolgen kann (vgl. unten Ziel 5). Die TF Bern kann daher voraussichtlich erst 2031–33 in Betrieb genommen werden. Die Realisierung der Erweiterung des Gymnasiums in Burgdorf ist für 2025 bis 2027 vorgesehen.

Im Bereich der Raumplanung wurden 2021 die Empfehlungen aus dem vorjährigen Zwischenbericht ESP-Controlling umgesetzt, ebenso die SAZ-Strategie. Weiter werden die Hinweiskarte Kulturland und das Inventar Fruchtfolgeflächen (jährlich) aktualisiert, und es ist eine Hinweiskarte für aufwertbare Böden in Erarbeitung. Die meisten Regionen verfügen über einen sachplankonformen Richtplan Aushub, Deponie und Transport (ADT).

Der Bund hat ein Konzept zur schweizweiten Bodenkartierung und deren Finanzierung zur Konsultation unterbreitet. Der Regierungsrat strebt dabei keinen kantonalen Alleingang an, sondern bevorzugt aus Gründen der Ressourceneffizienz ein schweizweit koordiniertes Vorgehen unter Federführung des Bundes.

Ziel 2: Wirkungsvolle Dienstleistungen

Der Kanton Bern nutzt als nationales Politikzentrum die Chancen der digitalen Transformation und erbringt wirkungsvolle, qualitativ hochstehende und effiziente Dienstleistungen für Bevölkerung und Wirtschaft.

Entwicklungsschwerpunkte:

- Der Kanton Bern treibt die digitale Transformation der Verwaltung mit einer directionsübergreifenden Strategie voran. Das digitale Primat im Verkehr zwischen Staat und Privaten, Staat und Unternehmen sowie zwischen den Behörden wird umgesetzt. Eine benutzerfreundliche, sichere und kantonsweit vereinheitlichte Plattform für alle E-Government-Dienstleistungen des Kantons wird realisiert.
- Der Kanton Bern intensiviert die Zusammenarbeit mit den Hochschulpartnern und den in Bern ansässigen Unternehmen der Netzwerkindustrien bei der digitalen Transformation öffentlicher Dienstleistungen.
- Der Kanton Bern entwickelt zusammen mit den Unternehmen der Netzwerkindustrien, der Wissenschaft und weiteren Partnern die Hauptstadtregion Schweiz zu einer Region mit Modellcharakter (Smart Capital Region).

Zur Umsetzung der Strategie Digitale Verwaltung hat der Regierungsrat im Januar 2021 eine Schwerpunktplanung verabschiedet. Die Realisierung der darin aufgeführten 30 Digitalisierungsvorhaben erfolgt durch das Amt für Informatik und Organisation (KAIO) und die Fachämter der Kantonsverwaltung. Die zentrale Geschäftsstelle Digitale Verwaltung (GDV) begleitet und initiierte im Berichtsjahr verschiedene neue Themen und Projekte (bspw. digitales Langzeitarchiv für Gemeinden, Innovationsprozess, Portallösung). Ein wichtiger Meilenstein war auch die Zustimmung des Grossen Rates zum neuen Gesetz über die Digitale Verwaltung in der Wintersession 2021 (1. Lesung).

Der Internetauftritt des Kantons wurde grundlegend erneuert (bürgerfreundlichere Gestaltung, inhaltliche und technische Verbesserungen). Dementsprechend konnte das Projekt newweb@be im Jahr 2021 abgeschlossen werden. Zum Ausbau der Digitalkompetenzen der Verwaltung begannen das KAIO und das Personalamt mit der Erarbeitung einer Plattform für Wissens- und Erfahrungsaustausch (Digiz), und an «Hackdays» im Jahr 2021 konnten alle Interessierten an der Digitalisierung der Verwaltung mitwirken.

Das Programm IT@BE und damit die Umsetzung der ICT-Strategie 2016 – 2020 wurde 2021 planmässig abgeschlossen, und die Ziele (Ergebnisse, Termine, Kosten, Aufwand) konnten vollständig erreicht werden. Bei den Finanz- und Personaldienstleistungsprozessen ist zudem auch die Einführung des ERP-Systems auf Kurs. Im Berichtsjahr wurden zudem die Projekte ePayment und eBriefkasten vorangetrieben. Bei der eID wird nach der Ablehnung des eidgenössischen E-ID-Gesetzes die Einführung einer kantonalen E-ID als Übergangslösung geprüft.

Zur digitalen Transformation im Bildungswesen konnte das Kompetenzzentrum "BeLEARN" am Standort Bern weiterentwickelt werden. Das Kompetenzzentrum soll Impulse in den Bereichen digital skills, digital tools und Data Science für die Bildung aller Stufen im öffentlichen und privaten Sektor vermitteln. Im Oktober 2021 haben die fünf beteiligten Hochschulen einen Verein "BeLEARN" als gemeinsame Governance-Struktur des Kompetenzzentrums gegründet; die Professuren/Forschungsgruppen konnten weiter ausgebaut werden. Der Regierungsrat hat den beteiligten Hochschulen des Kantons zusätzliche Mittel im Umfang von CHF 10 Mio. für den Aufbau des Zentrums zugesichert.

Ziel 3: Zusammenhalt fördern

Der Kanton Bern ist für seine Bevölkerung attraktiv. Er fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch eine verstärkte und gezielte Integration von sozial Benachteiligten.

Entwicklungsschwerpunkte:

- Der Kanton Bern begegnet den sich ändernden Anforderungen im Bereich Pflege und Gesundheitsdienstleistungen vorausschauend.
- Die rasche und nachhaltige gesellschaftliche und berufliche Integration von Personen mit eingeschränkter Leistungsfähigkeit sowie anderen Benachteiligten wird gezielt und wirkungsorientiert gefördert. Der Zugang zum Arbeitsmarkt wird durch Bildungsmassnahmen, innovative Anstellungsbedingungen und eine engere Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft erleichtert. So können die Interessen von Arbeitnehmenden und Arbeitgebenden berücksichtigt werden.
- Der Kanton Bern gewährleistet die Sicherheit seiner Bevölkerung und reagiert auf neue sicherheitspolitische Entwicklungen.
- Der Kanton Bern trägt der religiösen Vielfalt der Bevölkerung und dem wachsenden Anteil der Konfessionslosen Rechnung.

Nachdem das neue Gesetz über die Sozialhilfe im Asyl- und Flüchtlingsbereich (SAFG) im Sommer 2020 eingeführt worden war, nahmen die regionalen Partner sowie der Partner für unbegleitete Minderjährige den Betrieb der Asyl- und Flüchtlingszentren wie geplant auf. Die Konzeption «Neustrukturierung des Asyl- und Flüchtlingsbereichs im Kanton Bern» (NA-BE) ist somit umgesetzt. Das erste Betriebsjahr wurde durch die Corona-Pandemie geprägt. Sie führte dazu, dass relativ wenige neue Asylgesuche gestellt wurden und dass in manchen Branchen die Arbeitsmöglichkeiten eingeschränkt blieben.

Im Bereich der Sozialhilfe wurden im Berichtsjahr insbesondere folgende Projekte erfolgreich gestartet: Mit dem Projekt Sozialrevisorat sollen in der Sozialhilfe die Wirtschaftlichkeit verbessert und der Vollzug und die Aufsicht harmonisiert werden. Mit dem Projekt AI-BE wird das Ziel verfolgt, die arbeitsfähigen Klientinnen und Klienten der Sozialhilfe sowie die Kundinnen und Kunden der Regionalen Arbeitsvermittlung (RAV) mit einem hohen Aussteuerungsrisiko bei ihrer raschen und

nachhaltigen Integration im ersten Arbeitsmarkt zu unterstützen. Durch das Projekt NFFS soll eine Harmonisierung der bestehenden, sehr verschiedenartigen Fallführungssysteme erfolgen, damit die Effizienz und die Qualität gesteigert werden kann. Durch die beabsichtigte administrative Entlastung soll in der Sozialen Arbeit mehr Zeit für die Arbeit mit Klientinnen und Klienten zur Verfügung stehen.

Der Grosse Rat verabschiedete in der Sommersession 2021 die Teilrevision des Volksschulgesetzes. Damit liegen die heutigen Sonderschulen per 1. Januar 2022 als "besondere Volksschulen" im Zuständigkeitsbereich der Bildungs- und Kulturdirektion, womit ein wichtiges bildungspolitisches Ziel dieser Legislatur erfüllt wurde.

Nachdem der Grosse Rat im Dezember 2020 das neue Gesetz über die Leistungen für Kinder mit besonderem Förder- und Schutzbedarf (KFSG) verabschiedet hatte, standen im 2021 die Vorbereitungsarbeiten für die Umsetzung im Zentrum. Die verschiedenen Anspruchsgruppen wurden dabei eng einbezogen. Damit schafft der Kanton ab Januar 2022 Einheitlichkeit und Transparenz bei den Leistungen und ermöglicht betroffenen Kindern, Jugendlichen und Familien den Zugang zu qualitativ guten und bedarfsgerechten Unterstützungsleistungen.

Die Aufstockung des Personalbestands der Kantonspolizei erfolgt etappiert (Etappe 1: 170 Stellen; Etappe 2: 190 Stellen) und in jährlichen Tranchen. Die Korpsbestandesaufstockung (KBA) erlaubt u.a. eine verstärkte Bekämpfung der Cyberkriminalität. In den Jahren 2020 und 2021 konnten zivile Stellen besetzt werden. Die ordentliche KBA erfolgt ab dem Jahr 2023. Gemäss des Regierungsratsbeschlusses 188/2019 wird die Tranche für das Jahr 2024 um ein Jahr nach hinten verschoben. Alle nachfolgenden Tranchen verschieben sich ebenfalls um ein Jahr nach hinten.

Zur Förderung des friedlichen Zusammenlebens wurden im Berichtsjahr die Standorte und Kontaktdaten von über 600 Religionsgemeinschaften erfasst. Daraus entstand die im Oktober 2021 veröffentlichte digitale Religionslandkarte, die eine Übersicht über die kantonale Religionslandschaft bietet. Ab 2022 werden Informationen gesammelt, wie die Religionsgemeinschaften organisiert sind und welche gesamtgesellschaftlichen Leistungen sie für die Gesellschaft und die Integration ihrer Angehörigen erbringen. Im November 2021 hat zudem ein erstes interreligiöses Informations- und Vernetzungstreffen mit rund 50 Vertreterinnen und Vertretern verschiedener öffentlich-rechtlich anerkannter und privatrechtlich organisierter Religionsgemeinschaften stattgefunden.

Schliesslich hat der Regierungsrat 2021 den Spitalbericht verabschiedet, welcher eine umfassende Analyse der Spitallandschaft des Kantons beinhaltet und mit dem (finanzielle) Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken identifiziert wurden. Der Grosse Rat hat den Spitalbericht in der Herbstsession 2021 zur Kenntnis genommen und dazu verschiedene Planungserklärungen verabschiedet. Für die Umsetzung der Empfehlungen besteht eine Roadmap. Die Punkte, welche die Rolle des Kantons als Eigner betreffen, werden seit Oktober 2021 im Rahmen eines Projekts bearbeitet.

Ziel 4: Vielfalt als Chance

Der Kanton Bern pflegt seine regionale Vielfalt und nutzt verstärkt das Potenzial der Zweisprachigkeit.

Entwicklungsschwerpunkte:

- Der Kanton Bern stärkt die interkommunale und regionale Zusammenarbeit.
- Der Kanton Bern fördert seine Zweisprachigkeit und nutzt sie als Chance.

Der partizipative Prozess mit den Regionen, den Gemeinden sowie den Regierungsstatthalterinnen und Regierungsstatthaltern zur Erarbeitung eines gemeinsamen Zielbildes einer zukünftigen Gemeindelandschaft konnte im Jahr 2021 begonnen werden. Bisher haben in 6 von 10 Verwaltungskreisen Workshops stattgefunden. Die verbliebenen partizipativen Prozesse mit den Gemeinden

sollten Mitte 2022 abgeschlossen werden können. Danach soll eine breite Vernehmlassung durchgeführt werden, insbesondere zu den nötigen Erlassentwürfen.

Der Regierungsrat hatte im Sommer 2019 eine ganze Reihe von Massnahmen verabschiedet, um seine Strategie zur Stärkung der kantonalen Zweisprachigkeit umzusetzen. Nach der ersten, positiven Bilanz im Juni 2020 zur Umsetzung des Berichts der Expertenkommission Zweisprachigkeit musste die Rapportierung für 2021 aus Ressourcengründen verschoben werden. Diese soll Mitte 2022 stattfinden.

Nach der kommunalen Abstimmung vom 28. März 2021 über die Kantonszugehörigkeit der Gemeinde Moutier hat der Regierungsrat das Projekt «Avenir Berne romande» lanciert. Es soll der Entwicklung des Berner Juras, der französischsprachigen Bevölkerung und der kantonalen Zweisprachigkeit neue Impulse verschaffen.

Ziel 5: Zukunftstechnologien und Nachhaltige Entwicklung

Der Kanton Bern schafft gute Rahmenbedingungen für Zukunftstechnologien und Nachhaltige Entwicklung.

Entwicklungsschwerpunkte:

- Im Bereich nachhaltige Energie und Umwelttechnologien werden Projekte und Anwendungen in allen Regionen des Kantons gefördert.
- Mit dem TecLab Burgdorf schafft der Kanton Bern ein anerkanntes Kompetenzzentrum für Bildung in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik (MINT) und für den beschleunigten Übergang neuer Zukunftstechnologien in die gewerblich-industrielle Anwendung.
- Im Themenbereich Nachhaltige Ressourcennutzung entstehen im Kanton Bern neue Kompetenzzentren von nationaler Bedeutung.

Das TecLab in Burgdorf konnte im Berichtsjahr seine Pilotaktivitäten ausweiten, obwohl sich die Verzögerung des Campus Biel/Bienne weiterhin auf den Umzug der TF Bern nach Burgdorf auswirkt. Insbesondere wurde die Zusammenarbeit von BFH, TF Bern und PH (für den MINT-Bereich) bereits in der heutigen Struktur des TecLab weiter ausgebaut und ein Angebot an Veranstaltungen und Dienstleistungen im MINT- und Weiterbildungsbereich zur Verfügung gestellt. So ist in Zusammenarbeit mit dem TecLab beispielsweise das Projekt "MINT-mobil" für die Volksschulen (www.mint-mobil.ch) entstanden, das seit dem Schuljahr 2021/22 genutzt werden kann (im französischsprachigen Kantonsteil ab Schuljahr 2022/23).

Mit der Bio-Offensive 2025 soll die Wertschöpfung der Bio-Produktion im Kanton Bern gestärkt werden. Im Berichtsjahr wurden die Aktivitäten für die Offensive 2025 konkretisiert (Vorprojekt- und Detailkonzeptphase). Der Grosse Rat bewilligte in der Wintersession zur Finanzierung der Berner Bio-Offensive 2025 einen Kredit von knapp CHF 3 Mio. Zur Stärkung des Netzwerkes und der Kooperation fand im November 2021 der 1. Bio-Gipfel statt.

Die Aufbauphase der Wyss Academy for Nature at the University of Bern, welche den Betrieb am 1. Januar 2020 aufnahm, konnte per Ende 2021 weitgehend plangemäss abgeschlossen und der Vollbetrieb aufgenommen werden. Eine enge Zusammenarbeit und ein gegenseitiger Wissenstransfer zwischen der Wyss Academy und den Fachstellen des Kantons findet regelmässig statt und das Umsetzungsprogramm im Kanton Bern konnte zielgemäss weiterentwickelt werden.

Mit dem Projekt «Klimaveränderungen Wald KliWa» sollen themenübergreifende Strategien für den Umgang mit den Klimaveränderungen im Wald erarbeitet werden. In einer ersten Phase konnten in einem partizipativen Prozess mit unterschiedlichen Interessensgruppen die Grundlagen (Handlungsgrundsätze, Wirkungsmodell, Kommunikationskonzept) für die Förderung der Waldbiodiversität bis 2030 definiert werden. Im Juni 2021 startete die zweite Phase, in welcher die regionalen

Handlungsschwerpunkte festgelegt sowie die Förderinstrumente weiterentwickelt und eine Finanzierungsstrategie ausgearbeitet werden.

Der Regierungsrat hat im Berichtsjahr ein neues Projekt zum nachhaltigen Gemüseanbau in die Regierungsrichtlinien aufgenommen, mit welchem die Forschung, Bildung, Beratung und Produktion im Gemüseanbau im Rahmen einer Forschungszusammenarbeit gestärkt werden sollen. Dazu konnte bereits im April 2021 die dezentrale Versuchsstation Gemüsebau in Ins eröffnet werden, an welcher sich Agroscope, die Kantone Bern und Freiburg, die HAFL sowie die nationale und interkantonale Gemüsebau-Branche beteiligen.

Die Organisation Nutztiergesundheit Schweiz (NTGS) konnte im August 2020 in Zollikofen den operativen Betrieb erfolgreich aufnehmen. Die NTGS wird inzwischen von der Branche als nationales Kompetenzzentrum zur Koordination der Aktivitäten im Bereich der Nutztiergesundheit anerkannt und rege genutzt. Unter der Leitung der NTGS wurde die Entwicklung eines Produkts zur Stärkung der Nutztiergesundheit durch engere Zusammenarbeit zwischen Tierärzteschaft und Tierhaltenden im Kanton Bern im Verbund mit den Berner Tierärzten und dem Bauernverband lanciert. Dieses Vorhaben zielt auch auf das Setzen von Impulsen auf nationaler Ebene ab.